

Wie lange dürfen die Rechten noch agieren?

Verbot der AfD: „Durchradikalisiert an Haupt und Gliedern“, FR-Politik vom 30. November

Noch können wir die AfD stoppen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und frühere Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, hat vollkommen Recht, wenn er sich für ein Verbot der AfD stark macht. Dies ist eine Forderung, die mir im politischen Betrieb viel zu selten vorkommt. Es wäre dringend notwendig, dass zumindest ein Verfassungsorgan sich dazu durchringen könnte, diesen Antrag beim Verfassungsgericht zu stellen. Spätestens die SPD-Vorsitzende Saskia Esken hat es ja bereits gesagt: Wenn die gesamte AfD vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, ist ein Verbotverfahren geradezu zwingend.

Die AfD radikalisiert sich immer mehr und will demokratisch an die Macht kommen, um die Demokratie abzuschaffen. Wir haben es mit Politikern zu tun, die diesen Staat abschaffen und zumindest durch ein rechtsautoritäres Regime ersetzen wollen. Das wäre für die Menschen, die hier leben, eine totale Katastrophe.

Mir ist durchaus klar, dass allein ein Verbot der braunen Demokratiefeinde das Problem des Rechtsextremismus nicht lösen wird, aber eine „Atempause für die Demokratie“ ist dringend geboten. Bestimmten Wählerinnen und Wählern der AfD muss klar gemacht werden, dass sie unter einem AfD-Regime viel mehr leiden würden und etwa durch die Kürzung von Sozialleistungen in eine Armutsfalle geraten werden. Der Rechtsextremismus muss juristisch und politisch bekämpft werden, wobei eine wache demokratische Zivilgesellschaft und aufklärerische politische Bildung genauso wichtig ist wie ein Verbot der AfD. Es wäre in der Tat blauäugig, wie Marco Wanderwitz zu Recht feststellt, wenn man die AfD gewähren lassen und ihrem Hass auf die Demokratie freien Lauf lassen würde.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass unsere Gesellschaft sehenden Auges auf die rechte Diktatur zusteuert und geradezu

fahrlässig gegenüber den Rechtsextremen agiert. Wann, wenn nicht jetzt, haben wir die Chance, die AfD zu stoppen und Politikriminelle in ihre Schranken zu verweisen? Ich habe es schon oft geschrieben: Der Rechtsstaat muss seine Wehrhaftigkeit beweisen; „Nie wieder“ ist jetzt. Manfred Kirsch, Neuwied

Die Gründe für den Erfolg der AfD sind sonnenklar

Es wird viel zu wenig herausgearbeitet, weshalb die AfD aktuell so gute Umfrageergebnisse hat, obwohl sie doch erhebliche Defizite aufweist. Sie würde z.B. gewählt, weil „Die Linke“ und insbesondere die Grünen ein gespaltenes Verhältnis zu diesem Staat, zu diesem Land haben. Das ist in vielen Punkte nachzuvollziehen und für viele Menschen unerträglich. Siehe z.B. die abgelehnte waffenfreie Zone im Bahnhofsviertel in Frankfurt oder das umzubenennende Bismarckzimmer in Berlin. Wer auch nur den Hauch eines patriotischen Gefühls zum Besten gibt, ist zumindest ein Nationalist und Rassist. Der CDU/CSU, die sicherlich mehr als einen Fehler auf dem Konto haben, hier eine Schuld zuzuweisen, ist wirklichkeitsfremd. Man muss sogar davon ausgehen, dass hier noch AfD-Wählerpotenzial schlummert.

Die Migrationspolitik in Deutschland ist nach wie vor unfassbar unprofessionell. Es ist naiv, für Migration und Asyl keine Obergrenze zu kennen. Dies ist nicht nur, aber auch ein ökonomisches Problem. Man schaue sich den Rest Europas an. Das verneinen viele Spitzenpolitiker/innen.

Die Klimapolitik der Grünen ist durchaus gut, die Umsetzung aber dogmatisch, autoritär, oberlehrerhaft und in Teilen unsozial. Die innere Sicherheit, die Clan-Kriminalität, wird von vielen Spitzenpolitikern der regierenden Parteien bagatellisiert oder ignoriert. Das zum Teil ungenierte Treiben des organisierten Verbrechens in Deutschland wird nicht adäquat wahrgenommen. Das Thema der Einbürger-

ung, die heruntergewirtschaftete Bundeswehr (Erbe von CDU/CSU) – all das treibt der AfD Wähler zu. Die immer noch in Teilen vorhandene Arroganz Westdeutscher gegen Menschen in den neuen Bundesländern sorgt dort für besonders hohe Umfragewerte.

Und Sie fragen, wenn Sie sich all dies vergegenwärtigen, immer noch allen Ernstes, warum die AfD so erfolgreich ist? Es ist sonnenklar.

Peter Stahnecker, Heidelberg

Nach einem Verbot fängt alles wieder von vorn an

Höre ich da das Totenglöckchen der Demokratie in Deutschland läuten? Ich höre nicht. Aber, wie soll ich Aussagen werten wie „Durchmarsch“, „Atempause für die Demokratie“ oder eben, dass nur ein Verbot helfen kann? Wenn Herr Wanderwitz sagt, dass gute Politik und gute Kommunikation nicht verfangen, dann muss man die Frage stellen, ob es gute Politik war. Zumal er sagt, dass nicht alle Wähler der AfD rechtsradikal sind oder ein geschlossenes rechtsradikales Weltbild haben. Wieso kann man diese „Erreichbaren“ nicht erreichen? Nein, ein Verbotverfahren wären Beleg für das Scheitern der „Auseinandersetzung“, im Besonderen vor dem Hintergrund, dass das Verbot der NPD das Entstehen der AfD nicht verhindern konnte. Und da der Schoß noch fruchtbar ist, wird die nächste rechte Partei ans Licht der Welt kommen und das Ganze fängt wieder von vorne an. Rüdiger Erdmann, Pattensen

Mein Hochachtung für Marco Wanderwitz

Ich bin keine CDU-Wählerin, aber für seine Haltung und den Versuch, die AfD verbieten zu lassen, möchte ich dem CDU-Abgeordneten Marco Wanderwitz meine Hochachtung und meinen Dank aussprechen. Ich wünsche ihm – und uns allen – einen möglichst schnellen Erfolg. Elena Ezeani, Bremen

Diskussion: frblog.de/afd-verbot



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20231205

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert die Online-Diskussion „Faire Rohstoffe – klima- und menschengerecht“ mit Robert Gampfer (Klima- und Energie-Referent der EU-Kommission), Michael Reckordt (Powershift e. V.) und Carsten Waldeck (Shift). Eine Veranstaltung des Evangelischen Dekanats Dreieich-Rodgau, des Kreises Offenbach und von Europe Direct Relais Rhein-Main. Den Link zur Veranstaltung gibt es nach Anmeldung auf: europe-direct@kreis-offenbach.de
Montag, 11. Dezember, 18.30 Uhr

Bernd Hontschik, Chirurg und FR-Kolumnist, spricht zum Thema „40 Jahre ‚Volkszählungsurteil‘ – 40 Jahre Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und der heutige Umgang mit Gesundheitsdaten am Beispiel der elektronischen Patientenakte“. Mit dem Datenschützer Roland Schäfer.
Montag 18. Dezember, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Fähig zur Empathie

Nahost: „Der Terror der Sprache“, FR-Meinung vom 2. Dezember

Was Peter Rutkowski in seinem Kommentar schreibt, ist ein besonders erschreckendes Beispiel für Verrohung, die gegenwärtig um sich greift. Was anderes ist das Kriegsgemetzel als Vernichtung, Zerstörung von Lebensgrundlagen und Massenmord an überwiegend unschuldigen Menschen? Was soll das mit Gerechtigkeit zu tun haben? Mit diesem Begriff, mit dem Rutkowski das israelische Gemetzel in Gaza rechtfertigt, wird auch die Hamas ihr Gemetzel in Israel rechtfertigen.

Wenn Krieg kein Blutbad ist und keine Hölle auf Erden – wofür spart sich Rutkowski diese Bezeichnungen auf? Besonders perfide ist, wenn er Menschen, die in den Hilfsorganisationen Verantwortung tragen und die der Empathie fähig sind, genau deswegen Marketing und sogar verbalen Terror (!) unterstellt. Das ist nicht nur eine gefühllose Stellungnahme, sondern auch eine des eingeschränkten Denkens, wenn Rutkowski die israelische Politik und den Krieg in Gaza als „leider“ alternativlos darstellt.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Wissing will die Revision

Urteil: „Zu wenig Klimaschutz“, FR-Titel vom 1. Dezember

Ein Gerichtsurteil jagt das nächste. Während Bürger und Unternehmen die Gesetze so akzeptieren müssen, wie sie sind, will die Bundesregierung die Gesetze verändern, so dass sie zu ihrem Handeln (oder Nicht-Handeln) passen. Doch noch gilt das „alte“ Gesetz.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verurteilt die Regierung für die Sektoren Verkehr und Gebäude, sich an bestehende Gesetze zu halten. Da diese Sektoren CO₂-Vorgaben krachend verfehlt haben, sind sie nach geltendem Recht verpflichtet, Sofortprogramme aufzustellen. Damit sollen die zuständigen Ministerien aufzeigen, was sie zu tun gedenken, um die Ziele zu erreichen. Anstatt gesetzeskonform seine Arbeit zu tun, spielt Volker Wissing auf Zeit. Er will in die Revision vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen. Wenn er so viel Kraft in seinen Job investieren würde wie in die Abwehr sinnvoller Maßnahmen (z.B. Tempolimit), bräuchte er kein Sofortprogramm. Aber das widerspricht der ideologischen Grundhaltung der FDP. Wissing will die Aktivisten der „Letzten Generation“, die nichts anderes wollen, als dass er seine Arbeit macht, am liebsten wegsperren, tritt aber selbst das Recht mit Füßen. Übrigens; Ich bin gespannt, wen die Bayern für das Schneechaos vom Wochenende verantwortlich machen. Schließlich muss die Nötigung tausender Bürger Konsequenzen haben. Wahrscheinlich wird Petrus in Haft genommen.
Dieter Murmann, Dietzenbach

Die AfD ist nur ein Nebenkriegsschauplatz

Erwiderung auf „Inhumane Interessen“, FR-Forum vom 25. November

Lieber Jörg Kramer, Sie schreiben in Ihrem Leserbrief: „Die AfD gewinnt, weil sich zunehmend demokratiefeindliches, menschenverachtendes Gedankengut in der sog. Mitte der Gesellschaft etabliert hat.“ Kann es nicht vielmehr so sein, dass die Bürger sich vom politischen Establishment abwenden (und zwar überall in Europa und anderswo), weil sie sich von ihm nicht mehr vertreten und nicht mehr wahrgenommen fühlen? Sie merken, dass die Politiker unterwandert vom Lobbyismus sind. Damit sind sie es, die bar jeder demokratischen Verfasstheit sind und nicht die Bürger demokratiefeindlich. Unterstützt durch Aberdutzende

„Thinktanks“ wie „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“, „Bertelsmann Stiftung“ sind mächtige Netzwerke aufgebaut worden, deren Ziel es ist, die Interessen der Eliten durchzusetzen, und zwar mit Hilfe der neoliberalen Attribute: Privatisierung, Steuersenkung und Sozialstaatsabbau (siehe u.a. Agenda 2010 zusammen mit Deregulierungen von Banken und Finanzmärkten). Da alle sogenannten „demokratischen“ Parteien in diesem Umfeld weitestgehend mitschwimmen, haben die Bürger und Menschen dieses Landes dem auf demokratischem Wege nichts entgegenzusetzen, außer sich den populistischen Parolen

der AfD zu „ergeben“, die im Trumpschen Sinne „Deutschland zuerst“ schreit.

Wahr ist: Die Eliten und die Reichen sind dabei, die Demokratie zu zerstören! Wie drückte es 2006 der Milliardär Warren Buffett in der New York Times ganz offen aus: „There’s class warfare, all right, but it’s my class, the rich class, that’s making war, and we’re winning.“ (Es ist Klassenkrieg, in Ordnung, aber es ist meine Klasse, die Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.). Die AfD ist für mich dabei, im Gegensatz zu den Nationalsozialisten im Dritten Reich, nur ein Nebenschauplatz.
Matthias Wooge, Neu-Isenburg